



Ministerium für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft



Die Senatorin für Umwelt,
Klima und Wissenschaft



Behörde für Umwelt, Klima,
Energie und Agrarwirtschaft



Ministerium für Umwelt,
Energie und Klimaschutz



Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und
Energie



Ministerium für Klimaschutz,
Umwelt, Energie und Mobilität



Ministerium für Energiewende,
Klimaschutz, Umwelt und
Natur

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 10 34 39 | 70029 Stuttgart

Frau Bundesministerin
Katherina Reiche
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
10100 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,

wir sind tief besorgt über die jüngste Eskalation der Lage im Nahen Osten. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Iran, in Israel und der gesamten Region, die unter der Gewalt leiden. Unsere Hoffnung ist, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen bald enden und die Hoffnung der Demokratiebewegung im Iran auf ein Ende des Terrorregimes und Perspektiven für Freiheit und Demokratie sich erfüllen.

Als Energieministerinnen und Energieminister sorgt uns auch die verschärfte Lage auf den Energiemärkten. Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten und die daraus resultierende Unsicherheit auf den globalen Energiemärkten verdeutlichen dabei einmal mehr die energiepolitische Verwundbarkeit Deutschlands. Die Prognosen zu steigenden Gas-, Öl- und LNG-Preisen lassen erhebliche Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft erwarten. Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforderlich, die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien für eine resiliente und unabhängige Energieversorgung in Deutschland mit höchster Entschlossenheit und ohne weitere Verzögerungen voranzutreiben.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vor mehr als vier Jahren haben Deutschland und Europa mit dem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und ambitionierten Gesetzespaketen wichtige Weichen gestellt. Diesen Weg gilt es angesichts der neuerlichen Verwerfungen nun konsequent fortzusetzen. Deutschland braucht ein zweites „Osterpaket“. Entsprechende Möglichkeiten liegen auf dem Tisch.

- Bei der Windkraft an Land wächst der Realisierungstau. Eine bloße Fortschreibung der Mengen bei 10 GW jährlich wie im Entwurf für das EEG vorgesehen wäre vor diesem Hintergrund ein Fehler. Wir möchten ganz im Sinne auch der bayerischen Bundesratsinitiative der Forderung nach einer Sonderausschreibung in diesem Jahr Nachdruck verleihen. Daher appellieren wir an Sie, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den nächsten Jahren diese Projekte realisiert werden können, und zwar durch die bereits öffentlich diskutierte Erhöhung der Ausschreibungsvolumina. Die geplanten Resilienzausschreibungen müssen zusätzlich zu den regulären Ausschreibungen kommen. Durch diese Maßnahmen werden Investitionen ausgelöst, die Energiesouveränität unseres Landes wird gestärkt und das Klima geschützt.
- Der Aufbau einer wettbewerbsfähigen europäischen Photovoltaik-Wertschöpfung ist industrie- und energiepolitisch zwingend erforderlich. Es gilt, zumindest einen Teil der Wertschöpfung wieder nach Europa zu holen. Die dazu gemachten Vorschläge im neuen EEG begrüßen wir ebenso wie den Vorschlag für produktionsabhängige Differenzverträge (CfD), mit denen die Marktteilnehmer aus unserer Sicht gut umgehen können. Entscheidend ist jedoch eine verlässliche und langfristige Perspektive, die über das gesetzliche Einführungsfenster hinaus Planungssicherheit schafft.
Besorgniserregend sind dagegen die offenbar geplanten Einschnitte bei PV-Dach-Anlagen. Für den im bekannt gewordenen EEG-Entwurf geplanten Umstieg in die Direktvermarktung fehlen die Voraussetzungen auf Seiten der Netzbetreiber. Solange dies nicht gelöst ist, lehnen wir Änderungen, die in diesem auf Bürgerbeteiligung ausgerichteten Segment einen Einbruch bedeuten würden, ab. Die vermeintlichen Kostenersparnisse stehen in keinem Verhältnis zu den Nachteilen. Für die Erreichung der Klimaziele in Bund und Ländern müssen alle Potentiale der Erneuerbaren Energien genutzt werden. Die Energiewende muss ein gesellschaftliches Mitmachprojekt bleiben, für das Handwerk ebenso wie für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Als Länder, die maßgeblich für die Genehmigung, Flächenbereitstellung und Umsetzung verantwortlich sind, sehen wir hier erheblichen Anpassungsbedarf und bitten darum, dass der EEG-Entwurf vor der Kabinettsbefassung in den genannten Punkten substantiell überarbeitet wird.

Die aktuelle Lage an den Energiemärkten macht noch einmal deutlich, wie verletzlich Deutschland energie- und wirtschaftlichspolitisch ist. Wir möchten daher an Sie appellieren, die in den letzten Wochen öffentlich gewordenen Vorhaben eines Netzpaketes sowie die angekündigte Abkehr vom Gebäudeenergiegesetz (GEG) noch einmal grundsätzlich zu überdenken. Es braucht mehr Erneuerbare Energien und weniger fossile Abhängigkeitsenergien – und zwar beides in kürzerer Zeit.

- Das aktuell in Ihrem Haus in Erarbeitung befindliche Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) sollte mindestens das Ambitionsniveau des GEG halten. Angesichts der erwarteten Verwerfungen auf den globalen fossilen Energiemärkten ist es zwingend erforderlich, die finalen Entwürfe für GMG, AVB Fernwärme u.a. so auszugestalten, dass Haushalte vor den zu erwartenden signifikanten Preissteigerungen bei Gas tatsächlich wirksam geschützt werden - und zwar durch Umstieg und nicht durch erneute erhebliche Subventionierung von Gaspreisen, die das Problem nur in den Bundeshaushalt verlagern.
- Parallel gilt es die Umsetzung des EU-Gasbinnenmarktpaketes rasch voran zu bringen und mit zu kommunizieren, damit sich Bürgerinnen und Bürger oder auch Gewerbetreibende nicht eine neue Gasheizung einbauen, zu der sie später keine Lieferungen mehr über den örtlichen Versorger erhalten können.
- Der bekannt gewordene Entwurf des Netzpaketes hat mit dem darin vorgeschlagenen zehnjährigen Redispatchvorbehalt schon jetzt viel Unsicherheit hinsichtlich der Investitionen gestiftet. Wir appellieren dringlich an Sie, den Vorbehalt hinsichtlich seiner Investitions- und Systemwirkungen und Alternativen im Sinne einer besseren Bewirtschaftung unserer Stromnetzinfrasturktur kritisch zu prüfen und mit den Marktakteuren und Ländern zu konsultieren. Einen Beitrag zur Entlastung von Netzenpässen kann, neben dem gezielten Ausbau, zum Beispiel die Nutzung von Strom für die Elektrolyse sowie der Einsatz von Batteriespeichern leisten. Sie hatten zur systemdienlichen Verortung von Elektrolyseuren auf der Energieministerkonferenz im Frühjahr 2025 in Rostock einen Vorschlag für einen geeigneten Rechtsrahmen angekündigt. Dafür wäre jetzt ein guter Zeitpunkt. Auch flexible Netzanschlussvereinbarungen oder die gezielte Überbauung von Netzknotenpunkten wären Alternativen, die im Sinne des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren zu prüfen sind.
- Weiterhin warten Länder wie Energiewirtschaft dringend auf den Abschluss der Kraftwerksstrategie. Es braucht hier sehr zeitnah Klarheit, mit welchen Kapazitäten für steuerbare Leistung wir in Deutschland planen können. Angesichts dieser Verzögerung steigt Bedeutung einer flexibilisierten Bioenergie für die Bereitstellung gesicherter Leistung als ergänzendem Baustein. Darüber hinaus muss auch über die Bedeutung von Wasserstoff neu gedacht werden. Angesichts der geopolitischen Lage sind für Deutschland eine diversifizierte Importstrategie und auch eine starke heimische Produktion von Wasserstoff für eine resiliente Energie- und Industriepolitik wichtig.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer nachzuvollziehen, warum im EEG-Entwurf die Verordnungsermächtigungen für die Herstellung von Grünem Wasserstoff und den Einsatz für die Rückverstromung gestrichen werden. Noch sind wir technologisch in Deutschland mit an der Spitze bei Elektrolyseuren, drohen diese Stellung aber zu verlieren, wenn wir diesen Bereich nicht ebenso als industrie- und energiepolitisch bedeutsam erkennen und entsprechend den Hochlauf proaktiv befördern.

In diesem Sinne: Wir stehen bereit für eine verlässliche, konsequente und ambitionierte Energiepolitik, die uns unabhängiger macht von fossilen Importen und auf die Erreichung der THG-Neutralität bis spätestens 2045 ausgerichtet ist, die Rechtssicherheit schafft und den Wirtschaftsstandort stärkt.

Jetzt ist der Moment, gemeinsame Anstrengungen hierfür zu unternehmen. Die Wirtschaft ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger können das in diesen herausfordernden Zeiten erwarten. Wir brauchen mehr Schub für die Energiesouveränität. Als Länder stehen wir bereit, diese Anstrengungen konstruktiv zu unterstützen und mitzugestalten.

Mit freundlichen Grüßen



Ministerin Thekla Walker



Baden-Württemberg
Ministerium für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft



Senatorin Dr. Henrike Müller

**Die Senatorin für Umwelt,
Klima und Wissenschaft**



**Freie
Hansestadt
Bremen**



Senatorin Katharina Fegebank



Hamburg

Behörde für Umwelt,
Klima, Energie und
Agrarwirtschaft



Minister Christian Meyer



**Niedersächsischer Minister
für Umwelt, Energie
und Klimaschutz**

Ministerin Mona Neubaur

Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerin Katrin Eder



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR
KLIMASCHUTZ, UMWELT,
ENERGIE UND MOBILITÄT

Minister Tobias Goldschmidt



Schleswig-Holstein
Ministerium für Energiewende,
Klimaschutz, Umwelt und Natur